

General-Anzeiger

Elberfeld

für Elberfeld-Barmen

Barmen

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion: Walter-Rathenaustr. 50
Telefon Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

(Allgemeine Zeitung für Berg und Mark. — Bergische Nachrichten.)

Hauptgeschäftsstelle und Redaktion: Neuerweg 57
Telefon Nr. 714 u. 4937.

Reichskanzler Stresemann an Poincaré.

WTB Berlin, 12. Sept. (Draht.) In der Presseabteilung der Reichsregierung fand heute abend auf Einladung des Leiters ein Empfang der Presse statt, zu dem der Reichskanzler, die Reichsminister und eine größere Anzahl führender Regierungsbeamten erschienen waren. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Ministerpräsidenten folgte die Rede des Reichskanzlers Dr. Stresemann.

Nachdem der Reichskanzler eine Darstellung der Wirtschaft- und Finanzlage gegeben hatte, wies er insbesondere auf die Maßnahmen zu sprechen gekommen war, die getroffen sind, um dem Zahlungsausfall entgegenzutreten, fuhr er fort:

Aber auch positive Mittel, wie die Errichtung einer Goldnotenbank, bringen diese Frage nicht zur Lösung. Offenbar ist besser als Illusionen, und deshalb wollen wir es offen aussprechen: ohne Lösung des außenpolitischen Konflikts ist die Frage nicht in Ordnung zu bringen, wird der Fall der Mark nicht aufgehoben, ist eine wirtschaftliche Gesundung nicht herbeizuführen.

Die Regierung hat sich vom ersten Tage ihres Amtsantritts an die Lösung des Ruhrkonflikts zur Aufgabe gemacht. Es war klar, daß diese Lösung nicht allein durch Fortsetzung des passiven Widerstandes erfolgen konnte. Nachpolitisch, wie ein führendes hauptstädtisches Blatt darlegte, war diese Frage nicht zu regeln. Auch der ehemalige Reichskanzler Dr. Cuno hat, wie er wiederholt versichert hat, niemals davon gesprochen, daß Verhandlungen über die Frage erst nach Klärung des Ruhrgebietes erfolgen sollten. Das Ziel des passiven Widerstandes konnte nur sein, das Ruhrgebiet zu befreien.

Eine interessante historische Parallele hat Ströndz in Kuppert in München anläßlich einer Zusammenkunft eines dortigen Offiziersverbandes gezogen. Mit vollem Recht betonte er, daß Selbstvertrauen nicht Selbstüberhebung sein soll. Er erinnerte daran, daß Friedrich der Große sich die Maxime Richelieus zur Richtschnur gemacht hat: daß dem Kriege zur Seite stets Verhandlungen mit dem Feinde laufen mußten. — Ebenso wie er den Ausdruck des großen Preußenkönigs zitierte: „Weidrigem Wind muß man die Segel reffen.“ Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, hat die Regierung gehandelt. Sie würde sich das größte Verdienst erwerben, wenn sie den Ruhrkonflikt soweit als möglich abkürzen konnte.

Aber die bisherige Zahlungsnahme zeigt zugleich die bestehenden Schwierigkeiten. Für uns ist entscheidend die Frage der Souveränität über das Ruhrgebiet und die Wiederherstellung der Freiheit des Ruhrgebietes. Dafür sind wir bereit, reale Garantien zu geben. Der französische Ministerpräsident hat kürzlich in einer Rede ausgedrückt, er zögere die positiven Sicherheiten, die Frankreich in der Hand habe, den schönsten theoretischen Reden vor, er beabsichtige nicht, Widerstand gegen allgemeine Garantien auszusprechen, und er hat weiter betont, daß die Garantien, die ich in Vorschlag gebracht habe, zu den Hypothesen gehören, welche der Versailler Vertrag den Verbündeten auf den gemeinsamen Besitz des Reiches und der Länder gebe. Diese Auffassung des französischen Ministerpräsidenten muß ich als irrtümlich bezeichnen. Nach dem Versailler Vertrag haften für die Verbindlichkeiten Deutschlands das Reich und die Länder. Was ich in meinen Darlegungen vorgebracht habe, betrifft die unmittelbare Heranziehung des privaten Vermögens und geht deshalb in diesem Punkt über den Versailler Vertrag hinaus. Ebenso ist aber die Heranziehung des privaten Vermögens ein realisierbarer Plan, während die Sicherheiten des Versailler Vertrages dies derzeit nicht sind. Wenn auf Reichsbesitz und Privatbesitz der Wirtschaft

als Pfandrecht an erster Stelle Hypothesen zugunsten des Reiches eingetragen werden, und zwar in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes dieses Vermögens, so könnten diese Hypothesen als reales und mobiles Verpfändung in eine Treuhändergesellschaft eingebracht werden, an deren Verwaltung die Reparationsgläubiger beteiligt werden könnten. Die Zinsen aus den Hypothesen würden der Treuhändergesellschaft zugeteilt werden. Diese wäre in der Lage, auf Grund der Hypothesen und der Zinsentragung durch Ausgabe von Obligationen

auszunehmen. Dadurch wäre die Möglichkeit gegeben, auch Frankreich sofort in den Besitz größerer Zahlungen zu setzen, ebenso wie die Zinszahlung in angemessener Zeit fließend zu machen wäre.

Eine derartige Leistung ist sicherlich kein theoretisches Recht und keine allgemeine Garantie, sondern eine

reale Tatsache.

Sie ist frei von jeder Zweideutigkeit. Sie kann Frankreich in den Besitz von Zahlungen setzen, wodurch die von französischer Seite aufgestellte Forderung für die Klärung des Ruhrgebietes erfüllt wäre. Sie bedingt zu ihrer Verwirklichung die Wiederherstellung Deutschlands über

das Ruhrgebiet und die Wiederherstellung seiner Souveränität über das Rheinland. Sie ist geeignet, die Frage des passiven Widerstandes zu erledigen, wenn man uns die Sicherheit dafür gibt, daß auf Grund einer solchen Vereinbarung das Ruhrgebiet geräumt wird und im Rheinland die alten Rechte wieder hergestellt werden. Gibt man uns die Sicherheit, daß jeder der Rhein und Ruhr seine Heimat nennt, frei der Heimat wiedergegeben wird, so besteht kein Grund mehr dagegen, dieses große, einst blühende Wirtschaftsgebiet seiner alten Arbeitsfreudigkeit wiederzugeben. Ich hoffe auf die Möglichkeit einer solchen Regelung.

Frankreich hat durch seinen Ministerpräsidenten wiederholt erklärt, daß es keine Annexionen beabsichtige, daß es nicht an der Ruhr zu bleiben gedenke. England befindet sich mit dieser Auffassung sicherlich in Übereinstimmung. Belgien würde die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse sicherlich begrüßen, und wir sind überzeugt, daß auch die Auffassung Italiens sich in derselben Richtung bewegen wird.

Für uns ist die Frage, ob die deutsche Wirtschaft die ihr zugewiesenen Belastungen tragen können. Wir wissen, in welcher schweren Zeit wir uns befinden, aber ich darf mit Genugtuung darauf hinweisen, daß dem gegenwärtigen Kabinett

von führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft Leistungen angeboten worden sind

in der Höhe, die uns die Ausführung der heute von mir vorgeschlagenen Zahlungen ermöglichen wird. Wenn es um die Entscheidung geht, zwischen der Freiheit des Landes und dem Besitz des einzelnen, so müssen wir hoffen, daß die deutsche Wirtschaft sich nicht niedriger einschätzt als jene ostpreussische Landschaft, die einst durch Hingabe ihres Vermögens als Pfand für den Staat Preußen diesem die Abtragung einer großen Kriegsschuld ermöglichte und die Hunderte Jahre gebraucht hat, um diese Verbindlichkeit zu amortisieren, dafür aber auch ein leuchtendes Beispiel väterlicher Pflichterfüllung gegeben hat.

In der von mir vorher erwähnten Rede des Kronprinzen Rupprecht in München findet sich der Satz: „Es handelt sich nicht um dynastische Fragen, es handelt sich um die Existenz von Reich und Ländern.“ Es handelt sich darüber hinaus auch nicht um Fragen der Parteipolitik und Einzelinteressen von Berufsständen, sondern um das

Leben und Sterben des deutschen Volkes

Jugendliche Verbindungen ist allerdings davon abhängig, ob man glaubt, daß eine Stimmung zwischen Frankreich und Deutschland geschaffen werden kann, auf der eine solche Verständigung sich aufbauen läßt. Ob dies möglich ist, ist eine Frage, die ich nur dem deutschen Standpunkte aus beantworten kann. Jedenfalls ist sie notwendig.

Der französische Ministerpräsident hat in seiner letzten Rede hingewiesen auf die Art und Weise, in der ein Jahr nach dem Krieg 1870-71 die Verhältnisse zwischen Frankreich und Deutschland wieder geregelt worden sind, und hat mir empfohlen, die Korrespondenz zwischen Thiers und dem Grafen St. Balthar mit dem Generalstabmarschall v. Manteuffel nachzulesen, um daraus Folgerungen für die deutsche Einstellung gegenüber dem Frankreich der Gegenwart zu ziehen. Wir ist diese Korrespondenz bekannt, und ich darf darauf hinweisen, daß gerade diese Korrespondenz davon zeugt, daß Deutschland als Okkupationsmacht nach einem gewonnenen Kriege sich sehr wohl bewußt war, daß ein friedliches Nebeneinanderleben von Nationen auch die Schonung berechtigter Empfindlichkeiten im Bereich der Nationen in sich trägt.

Graf St. Balthar schreibt dem Ministerpräsidenten Thiers unterm 2. März 1873, daß er mehr als jemals die Art und Weise des deutschen kommandierenden Generals Frankreich gegenüber loben müsse, der ihm von seiner Gefinnung mehr als eine Probe gegeben habe und der seine Truppen trotz gewisser Widerstände in Vordringen gegen untergebrachte hätte, um die französische Bevölkerung zu schonen. Dem deutschen Generalstabmarschall schreibt, wie Graf St. Balthar in einem anderen Briefe vom 23. September 1873 versichert, eine Seite aufrichtiger Dankbarkeit in den französischen Annalen. Die Art der Wiederherstellung der Beziehungen zwischen zwei Nationen nach einem durchgeführten Kriege tritt vielleicht noch mehr als in diesem Briefwechsel in den Memoiren des ersten Vizepräsidenten der französischen Republik in Berlin, de Constant-Biron, zutage, der fortgesetzt in der Lage ist, darüber zu berichten, wie sehr Deutschland sich bemüht, der Periode des Krieges die Ära des Friedens folgen zu lassen. Bei der Amtseinführung des französischen Vizepräsidenten beim deutschen Kronprinzen fiel die Rede: „Glücklicherweise ist der Krieg zu Ende, jetzt gilt es, den Frieden zu erhalten.“ — „Man will den Frieden“, so klang es aus den Reihen

des Reichstages nach Paris wieder. Und vom dem Fürsten Bismarck sagt Thiers in einem Briefe an den französischen Vizepräsidenten in Berlin, daß große Geister stets ein gewisses Maß von Gerechtigkeit besitzen, das bei gebotener Gelegenheit zutage tritt. Und wenige Tage später sagt er diesen Gedanken über den damaligen deutschen Reichskanzler fort in den Worten: „Danken Sie Herrn von Bismarck, daß er auf unseren Wunsch eingegangen ist. Um zu tun, was er getan, mußte man den Preis im Auge haben, und dieser Preis ist errungen worden. Er besteht in der wesentlichen Verschärfung der nationalen Leidenschaften als der besten Garantie für den Frieden.“

Und ein letztes Wort aus jener Zeit: Am 20. März 1873 schrieb der französische Außenminister Remusat an seinen Vizepräsidenten in Berlin: „Wir werden soweit wie möglich in unseren alltäglichen Beziehungen mit Preußen etwas Ruhe einbringen lassen und beweisen, was wir immer ausgesprochen haben, daß die Klärung des Gebietes erst den Frieden vollenden und festigen wird. Die Okkupation ist, solange sie dauert, ein Bild des Krieges.“

Wenn heute unter anderen Verhältnissen das Deutsche Reich, das bereit ist, die Folgerungen aus einem verlorenen Kriege auf sich zu nehmen, dem Frankreich der Gegenwart gegenübersteht, so möchte ich wünschen, daß auch diejenigen Persönlichkeiten, in deren Hand mehr als das Geschick Frankreichs liegt, von deren Entschlossenheit die Ruhe und Befriedung Europas abhängt, sich von dem Gesichtspunkt leiten lassen mögen, daß es auch jetzt gilt, den Frieden zu erhalten durch eine Politik der Gerechtigkeit, die geeignet ist, die nationalen Leidenschaften zu beschwichtigen und damit die Garantie für den wirklichen Frieden zu geben. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Die Pariser Presse zur Stresemanns Rede.

GA Paris, 13. Sept. (Eig. Draht.) Die Erklärungen des Reichskanzlers sind erst in vorgeschrittenen Abendstunden in Paris eingetroffen und werden daher nur von einem Teil der Morgenpresse kommentiert. Ueber den Eindruck, den die Rede in französischen Regierungskreisen gemacht hat, verläuft noch nichts. Der gelegentlich offiziöse „Matin“ bezeichnet die Erklärungen Stresemanns als einen Schritt nach vorn und bemerkt weiter, die Organisierung des vom Reichskanzler geschilderten Zahlungsproblems genüge noch nicht, um Frankreich zur Klärung des Ruhrgebietes zu veranlassen. Frankreich sei bereit, das „Kontrollregime“ im Ruhrgebiet zu ändern, werde die Klärung aber nur nach Maßgabe der deutschen Zahlungen ausfallen.

Der „Gaulois“, dessen außenpolitischer Mitarbeiter zu den von Poincaré persönlich informierten Pressevertretern gehört, hält es für möglich, daß die Pläne Stresemanns Interesse verdienen, bezeichnet jedoch eine weitere Präzisierung als notwendig. Man müßte wissen, durch welche Mittel der Staat die Mitwirkung der Besitzer des Privatvermögens zu sichern gedenkt und wieviel Prozent Frankreich von den Zinsen der geplanten Hypothek erhalten soll. Ferner wünscht das Blatt Auskunft darüber, wie Stresemann die einwandfreie Kontrolle der Ausführung seiner Pläne ermöglichen will. Vor allem muß nach dem „Gaulois“ festgestellt werden, wie Stresemann sich die Klärungsfrage des Ruhrgebietes denkt. Das Blatt stellt zum Schluß zusammenfassend fest, die Erklärungen Dr. Stresemanns bedeuten eine erste Etappe auf dem Wege zu einer Lösung, die der Reichskanzler dringend zu wünschen scheint und deren Verwirklichung einzig von ihm abhängt.

Auch „Deuxième“ verweist in den Ausführungen des Reichskanzlers präzisierende Angaben darüber, wie das vorgeschlagene Zahlungssystem funktionieren soll. Das Blatt hebt den Unterschied zwischen den Erklärungen Dr. Stresemanns und den unfruchtbaren Protesten Dr. Cunos hervor.

Das „Petit Journal“ schreibt: Die geistige Rede Stresemanns war hauptsächlich deshalb interessant, weil sie das baldige Ende des passiven Widerstandes voraussehen läßt.

Der „Figaro“ meint, die Vorschläge des Reichskanzlers seien verloren, aber sie werden dadurch an Wert, daß Deutschland sofortige Gegenmaßnahmen verlange. Der Unterschied zwischen dem deutschen und dem französischen Standpunkt ergebe sich klar durch zwei kurze Formulierungen: Poincaré sagt: „Zahlt, und wir werden das Ruhrgebiet räumen.“ Stresemann erklärt: „Räumt das Ruhrgebiet, damit wir euch bezahlen können!“

Die Aufnahme in London.

Die heutige Londoner Morgenpresse gibt die Rede Stresemanns mit freundlichen Ueberschriften ausführlich wieder. Sie enthält sich aber jeden Kommentars, offenbar in der Absicht, erst den Eindruck in Paris festzustellen.

Zeichne Wertbeständige Anleihen
des Deutschen Reiches.
Zeichnungspreis 100%, bei
Zinseszinsabzügen 95%.
Das kleinste Stück 1 Dollar.
Zeichnungen können bei der Reichsbank und bei den im Probesten angegebenen Stellen sowie bei diesen durch Vermittlungslämteranten, Bankiers, Sparkassen und Kreditgesellschaften bewirkt werden.

Finme.

Vermittlung Poincarés.

GA Belgrad, 13. Sept. (Eig. Draht.) Das Problem, in dem nach der allgemeinen Auffassung in Belgrad der Ausgangspunkt der Verhandlungen liegt, ist vorläufig noch nicht gelöst. Italien hat die Bekanntgabe der Entscheidung der Belgrader Regierung für den 13. September verlangt und diese Bitte in einer Note, die hart an ein Ultimatum erinnert, mitgeteilt. Ministerpräsident Vasilich hat sich sofort veranlaßt gesehen, in Paris persönlich eine Klärung gegen eine offizielle oder unverantwortliche Aktion Italiens zu suchen. Seit gestern werden nun geheimnisvolle Beratungen über das Finanzproblem geführt. Der Definitivität dürfte am 15. September nur so viel bekannt werden, daß man in Belgrad aufrecht bestrebt sei, die Frage zu lösen. Wenn die Verhandlungen der paritätischen Kommission zu keinem Ergebnis führen können, so ist das internationale Schiedsgericht anzurufen. Vasilich reichte seinen Ministerkollegen die Auffassung des französischen Ministerpräsidenten zu. Die Lösung des Finanzproblems müsse auf diplomatischem Wege gesucht werden und sei auch nur so möglich. Wenn Poincaré Herrn Vasilich beruhigende Mitteilungen machen konnte, so scheint es ihm gelungen zu sein, Mussolini von jeder aktiven Handlung, wie es eine offizielle oder auch verkappte Annexion von Finme wäre, abgehalten zu haben. Dieses Ergebnis der Pariser Reise hat in Belgrader politischen Kreisen nicht befriedigt, da man darin nur die Verschleppungspolitik Italiens zu erkennen glaubt. Frankreich hat in Rom weit größeres Interesse als bei der kleinen Entente. Es muß sich für die Ruhraktion starke Verbündete suchen, ohne bedeutende Zugeständnisse machen zu müssen. Es erübrigt sich daher, zu erwähnen, daß Italien vielleicht schon mit der französischen Zustimmung für eine dauernde Besetzung Korfu rechnen kann. In diesem Falle aber würden die Italiener unbedingt zu Herren des Adriatischen Meeres werden, und Südbalkan käme um die Früchte seiner sechsjährigen Kriegführung, da der freie Ausgang zum Meer wieder in Frage gestellt wäre. Frankreich müßte also wieder versuchen, die auseinandergehenden Auffassungen auszugleichen; es wird gleichzeitig weiter daran arbeiten, daß Italien das Italien von England abdrückt und sich zur französischen Politik bekennt. Die guten Beziehungen zu den kleinen Verbündeten wurden in Paris dabei geopfert. Sie sind aber nicht die schwerste Sorge. Man rechnet in Paris mit der unverbrüchlichen Treue und der sentimentalen Dankbarkeit der Serben.

Wenn nun Vasilich in seiner Außenpolitik den Standpunkt vertritt, mit ruhigem Abwarten mehr erreichen zu können als mit hitzigem Handeln, so darf doch der Ernst der Situation in der Finanzfrage nicht verkannt werden. Dies kann zum äußeren Anlaß werden, daß neugierige Gegenstände einen Ausblick suchen und finden. Auf dem Balkan ist die neue Agitation jetzt und wieviel die wirtschaftlichen oder auch nur vermeintlichen Interessen der Balkanvölker durch Italien bedroht werden sollten, so könnte es leicht nicht nur zu einer Revision der Friedensverträge von Lausanne und anderer kommen, sondern auch eventuell zu einer Revision der verbündeten Verträge. Man beginnt in Belgrad umzuwerfen, und fordert in der Finanzfrage die Entscheidung des internationalen Schiedsgerichts.

10 London, 12. Sept. Die „Times“ berichtet: Die südafrikanische Regierung behauptet, daß die Truppenkonzentrationen an

Die Jagd
Düsseldorf, 12.
wurden von
Sobngelber

10
